

Öffentliche Sitzung
des Verwaltungsausschusses
am Mittwoch, den 15.01.2020
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:04 Uhr

Ende: 18:59 Uhr

Anwesend:

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Dr. Joachim Bläse

Ortsvorsteher/in

Herr Ortsvorsteher Bernhard Feifel ab 17:05 Uhr.

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

CDU

Herr Stadtrat Christian Baron ab 17:42 Uhr.

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Stadtrat/Stadträtin

Herr Stadtrat Thomas Kaiser ab 17:42 Uhr.

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

Herr Stadtrat Steffen Suer

SPD

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Die Linke

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele bis 19:11 Uhr.

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt

Herr Gerhard Hackner

Herr Gerd Hägele

Frau Rabea Haug

Herr Markus Herrmann

Herr Helmut Ott

Frau Regina Stöckle

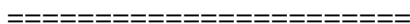
Gast

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Tagesordnung



- 1** Aktuelles aus der Musikschule
- 2** Neuerlass der Polizeiverordnung zum Schutz vor Belästigungen der Allgemeinheit, Lärmbelästigung, umweltschädlichem Verhalten, Rattenbekämpfung und zum Anbringen von Hausnummern
- 3** Beschaffung eines Fahrzeuges zzgl. Messanlage zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung hier: Auftragsvergabe zur Lieferung
- 4** Investitionskostenzuschuss für den Verein zur Förderung von Bildung und christlichen Werten Schwäbisch Gmünd e.V. für die Erweiterung des bestehenden Betreuungsangebotes im Musikkindergarten, Unterm Buch 1, 73525 Schwäbisch Gmünd um eine weitere Gruppe
- 5** Finanzierung der Betreuungsangebote in Kindertagesstätten
- 6** Bekanntgaben
- 6.1** Umgang im Gemeinderat
- 7** Anfragen
- 7.1** Stand IHK Stuttgart
- 7.2** Radfahren in Schwäbisch Gmünd

Erster Bürgermeister Dr. Bläse begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Aktuelles aus der Musikschule

Protokoll:

Herr Gramm stellt Musikschule vor (PowerPoint siehe Anlage).

Stadträtin Heusel/SPD bedankt sich für den Vortrag. Die Musikschule sei sehr vielfältig aufgestellt. Sie sei ein dicker Mosaikstein in unserer Bildungslandschaft. Sie erkundigt sich nach den Auswirkungen der Gebührenerhöhung in den letzten Jahren. Außerdem habe sie im Haushalt gesehen, dass der Zuschuss von 23.000 Euro, der seither als Zuschuss vom Land deklariert gewesen sei, nicht mehr eingenommen werde. Hier möchte sie den Hintergrund wissen.

Herr Gramm antwortet, dass man das Budget selbst verwalte. Die Gebührenerhöhung sei immer moderat gewesen und habe keine Abmeldungen zur Folge gehabt.

Stadtrat Kaiser/CDU bedankt sich für den Stadtverband Musik und Gesang bei Herrn Gramm.

Stadtrat Fritz/Die Linke bedankt sich ebenfalls. Er erkundigt sich, ob nach Einkommen gestaffelte Gebühren oft in Anspruch genommen würden. Außerdem möchte er wissen, ob man alle in der Gmünder Bevölkerung, also auch die einkommensschwachen Haushalte erreiche.

Herr Gramm äußert, dass man bestimmt nicht alle erreiche, man versuche es aber über die Präsenz an Schulen. Es gebe eine soziale Ermäßigung auf Antrag und unter Vorlage der Unterlagen. Die Tendenz sei steigend.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse ergänzt, dass man keine einkommensabhängigen Gebühren habe, sondern es auf Antrag soziale Ermäßigungen gebe.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen findet es toll, dass man bereits in den Grundschulen präsent sei. Dass man in VKL-Klassen tätig sei, sei auch wichtig.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste bedankt sich ebenfalls für die Darstellung. Die Nachfrage aus dem Bildungsbürgertum gehe zurück. Sie möchte wissen, ob die Musikschule Kontakt zu den Bands etc. habe.

Herr Gramm erläutert, dass viele Bands für sich sein wollen und nicht in die Musikschule wollen. Man habe auch nicht entsprechende Räumlichkeiten, die man anbieten könne.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse erläutert, dass sich die Mitte der Gesellschaft verändern würde, das klassische Publikum habe sich daher verändert. Daher versuche man das Angebot neu zu definieren.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 41.2
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Neuerlass der Polizeiverordnung zum Schutz vor Belästigungen der Allgemeinheit, Lärmbelästigung, umweltschädlichem Verhalten, Rattenbekämpfung und zum Anbringen von Hausnummern
Vorlage: 272/2019

Protokoll:

Herr Hägele präsentiert die Vorlage.

Stadtrat Christian Krieg/CDU bringt die Klarheit für den Vollzugsdienst. Er erkundigt sich, in welchem Bereich die steigenden Beanstandungen seien.

Herr Hägele erläutert, dass Müllablagerungen ein großes Thema seien, ebenso Ruhestörungen aus Gaststätten, aus der Außenbewirtschaftung im Sommer oder in Nachbarschaften. Außerdem ziehe sich die Polizei aus der Durchsetzung der Polizeiverordnung immer mehr zurück. Der KOD sei daher immer sehr lange (bis 0:00 Uhr, im Sommer bis 1.00 Uhr) unterwegs.

Stadtrat Suer/Bündnis 90/Die Grünen schlägt vor, dass man mehr versuchen solle, um die Menschen bei den Ordnungswidrigkeiten zu ertappen. Jeden Tag könne man Ordnungswidrigkeiten beobachten, er habe ein wenig die Befürchtung, dass man die Leute da nicht zu fassen bekomme.

Herr Hägele antwortet, dass man maximal die Spitze des Eisbergs erreiche, man führe teilweise aber auch Zivilkontrollen durch. Bei den Müllablagerungen durchsuche man den Müll nach Schreibern, die auf den Verursacher schließen. Es sei jedoch sehr schwierig, Müllsünder zu ertappen.

Stadtrat Lieb/SPD möchte wissen, wie § 19 Abs. 1 Nr. 4 ausgelegt werde in Bezug auf den Punkt „Erbrechen“. Er erkundigt sich, ob man bei einem gesundheitlichen Notfall auch mit einem Bußgeld rechnen müsse.

Herr Hägele bringt zum Ausdruck, dass die Mitarbeiter so viel Feingefühl hätten, um zu erkennen, ob es ein gesundheitlicher Notfall sei oder ob man es auf Alkohol zurückführen könne.

Stadtrat Lieb/SPD erkundigt sich außerdem, wer den Höchstsatz definiere.

Herr Hägele antwortet, dass dies die Bußgeldstelle entscheide.

Stadtrat Relea-Linder/Die Linke erläutert, dass man die neue Polizeiverordnung gut und wichtig finde. Man erhalte viele Beschwerden von Bürgern bezüglich der Müllablagerungen. Er erkundigt sich, ob die Personalausstattung verbessert werden könne, um mehr Kontrollen durchzuführen.

Herr Hägele erläutert, dass das Personal gut ausreiche. Zehn Vollzeit-Mitarbeitende seien eine gute Ausstattung im Vergleich zu anderen Städten.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen hält eine Nachsteuerung nach zwölf Jahren für richtig, da sich Prozesse verändern würden. Man müsse auf eine Sensibilisierung hinweisen. Sie möchte wissen, wie Autorennen auf privaten Parkplätzen erfasst werden. Außerdem würden am Zubringen zur B29 viele Leute den Müll aus dem Auto werfen.

Herr Hägele antwortet, dass es bei Autorennen auf privaten Flächen sehr schwierig sei, es sei aber unnötiger Lärm durch den Betrieb eines Fahrzeugs. Man brauche da oft aber die Polizei, da diese mehr Kontrollmöglichkeiten hätten, da es oft mehr zu machen gebe als nur der Lärm.

Die Müllgeschichten bei der B29 seien ein Problem, aber aus dem fahrenden Auto heraus bekomme man das nicht mit.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass man Müll nur am Tag der Abholung bereitstellen dürfe, im Mühlbergle sei aber sonntags alles voll mit gelben Säcken, ebenso in der Deinbacher Straße. Diese stehen dort auch am Abend davor schon. Das sei ein Eldorado für Ratten. Da müsse man die Bürger darauf hinweisen, dass das verboten sei. Außerdem möchte sie wissen, wie das Thema „Hunde an der Leine“ im Wald zu behandeln sei.

Herr Hägele erläutert, dass der Wald nicht in die Zuständigkeit der Stadt falle, das sei ein forstliches Thema. Er weist darauf hin, dass man gelbe Säcke ab 18:00 Uhr des Vorabends rausstellen dürfe. Oft gebe es keinen Hinweis auf den Eigentümer. Man informiere aber die Anwohner, sofern man ein Fehlverhalten feststellen könne.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen geht es um Dinge, die nicht mehr drinstehen, insbesondere die Nutzung von Sport- und Spielplätzen. Er erkundigt sich, wie es mit Vereinen sei, die dort trainieren. Außerdem sei Geruch von Tieren als Belästigung rausgefallen. Er möchte wissen, ob dies nicht mehr vorkomme oder ob dies an anderer Stelle geregelt sei. Außerdem erkundigt er sich, ob die Wurfgeschosse auf Grün- und Erholungsanlagen im Ermessen liegen, da der Unipark beispielsweise eine große Rasenfläche habe und dort künftig Frisbee-Spielen dann auch nicht mehr zulässig wäre.

Herr Hägele erläutert, dass man immer ein Ermessen habe. Wenn man niemanden stört und keinen Schaden verursacht, werde man das auch nicht beanstanden. Bei der Benutzung von Sportanlagen gelte die Sportstättenlärmverordnung. Die Geruchsbelästigung durch Tiere zu regeln sei nicht mehr notwendig

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Beschaffung eines Fahrzeuges zzgl. Messanlage zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung hier: Auftragsvergabe zur Lieferung
Vorlage: 274/2019**

Protokoll:

Ohne Aussprache

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Zustimmung zum Kauf eines Fahrzeuges zzgl. Messanlage zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung gemäß dem Angebot der Firma Jenoptik Robot GmbH aus Monheim vom 26.11.2019 in Höhe von 162.393,48 €.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Investitionskostenzuschuss für den Verein zur Förderung von Bildung und christlichen Werten Schwäbisch Gmünd e.V. für die Erweiterung des bestehenden Betreuungsangebotes im Musikkindergarten, Unterm Buch 1, 73525 Schwäbisch Gmünd um eine weitere Gruppe
Vorlage: 283/2019**

Protokoll:

Herr Arnholdt führt in die Vorlage ein und äußert sich sehr positiv über die Zusammenarbeit mit dem Kindergartenträger. Herr Töws als Trägervertreter wird begrüßt.

Stadtrat Sopp/CDU lobt das Konzept, man werde der Vorlage im Gemeinderat zustimmen.

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich, ob alle Plätze belegt seien.

Herr Töws bestätigt dies.

Stadträtin von Streit/Bündnis 90/Die Grünen erläutert, dass sie es gut finde, dass dieser Kindergarten wie der Musikkindergarten behandelt werde.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste sieht es auch als tolle Bereicherung, auch der Standort sei eine gute Sache.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

zu 5 Finanzierung der Betreuungsangebote in Kindertagesstätten

Protokoll:

Erster Bürgermeister Dr. Bläse erläutert, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer wichtiger werde. Früher habe man ein anderes Rollenverständnis und damit auch weniger u3-Plätze gehabt. Man sei sehr dankbar, dass man ein Ausbauprogramm auf den Weg gebracht habe. Die Realität sei aber auch, dass man das städtische Engagement deutlich ausgebaut habe. Grundvoraussetzung seien in Baden-Württemberg immer Gebühren gewesen, 20 Prozent solle man decken. Er möchte dem Gemeinderat danke sagen, dass man sich fünf Jahre Zeit genommen habe, um die Landessätze zu erreichen. Heute sei der gesellschaftliche Wandel zu einem Großteil geglückt, heute fragen Eltern warum man überhaupt etwas zahlen müsse. Die Frage sei nicht mehr, ob ein Platz da sei, sondern warum man etwas bezahlen müsse. Jedoch sei man nicht am Ende des Ausbauprogramms. Das müsse man finanzieren. Dieses Jahr habe man an Weihnachten zum ersten Mal keinen genehmigungspflichtigen Haushalt gehabt, da der Ergebnishaushalt nicht ausgeglichen gewesen sei. Man müsse daher schauen, wie man die Ausgaben decke. Im Haushalt sei kein weiterer Ausbau finanziert, d.h. jeder weitere Platz, den man zusätzlich brauche, werde zu einer Verschuldung führen. Man habe nun eine Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes, aber eben ohne einen weiteren Ausbau, den man aber benötige. Die Stadt Schwäbisch Gmünd könne den Wandel nicht alleine tragen, es sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Herr Arnholdt und Frau Stöckle informieren das Gremium über den aktuellen Sachstand. (PowerPoint siehe Anlage).

Frau Dr. Hoffmann (Mutter von der Kinderinsel) ergreift das Wort. Die Eltern verstehen es, sehen aber eine Kostenproblematik. Qualität sei den Eltern sehr wichtig, schade sei das Entweder-oder. Die Eltern wünschen sich mehr Unterstützung bei den Kinderbetreuungskosten. Kinder seien die Zukunft und jeder Euro sei gut investiert. Für die Eltern koste ein Kind ohne Betreuung laut Statistischem Bundesamt 584 Euro bis es 18 ist im Durchschnitt. Die Gesellschaft sei darauf angewiesen, dass ein Paar mehr als 2 Kinder bekomme, die Kinder seien die Steuerzahler von morgen. Es sei daher verständlich, dass die Eltern erwarten, dass die Arbeit auch vom Staat unterstützt werde. Leider habe man in Baden-Württemberg keine Gebührenfreiheit. Aus

Elternsicht sei es ungleich. Für Kommunen die finanziell schlecht dastehen, sei es natürlich schwierig, sich an den Betreuungskosten in höherem Umfang zu beteiligen. Das sei aus Elternsicht aber schwierig zu verstehen. Sehr traurig sei, dass es hinterher durch die Elterngebühren dazu komme, dass es in den Kommunen weniger Kaufkraft gebe. Frühkindliche Bildung sollte eigentlich genau den gleichen Stellenwert haben wie schulische Bildung, daher sollte nicht die Diskussion da sein zwischen Qualität und Gebührenfreiheit. Viele Eltern hätten Probleme, die Kinder in die Betreuung zu schicken, zum einen aufgrund der Platzverfügbarkeit, zum anderen aufgrund dessen, dass sie es sich nicht leisten könnten. Kindergärten tragen zur Sprachentwicklung bei. Die Eltern verstehen, dass Schwäbisch Gmünd allein keine Gebührenfreiheit machen könne, trotzdem finden sie es wichtig, dass sich der Gemeinderat darüber Gedanken mache, ob es Möglichkeiten gebe, die Eltern zu entlasten. Die Eltern haben Vorschläge erarbeitet:

1. Flexibilisierung von den Zeiten. Viele Eltern, die Ganztagesplätze haben, bräuchten die Zeiten nicht komplett. Im Schulbereich gebe es das System mit der Kernzeit, die kostenlos sei. Man könne dann am Rand nach vorne und nach hinten Zeiten hinzubuchen. Außerdem habe man Kitas, die keine Sommerferien haben.
2. Altersgemischte Gruppen ausbauen, da die u3-Plätze dort günstiger seien.
3. Das Einkommen der Eltern bei der Gebührenberechnung mit einbeziehen, am besten nach einem prozentualen Modell. Wenn jemand nur etwas mehr Einkommen habe als diejenigen, die Sozialhilfe bekommen, treffe es diesen das am härtesten. Oder man müsse die Grenzen öffentlich darstellen, damit die Eltern prüfen können, ob es sich lohnt, einen Antrag zu stellen.
4. Eltern haben 5 Jahre die starken Erhöhungen mitmachen müssen. Es wäre wünschenswert, dass im Herbst wenigstens ein Jahr vergehe, ohne dass man die Gebühren erhöhe.
5. Den Eltern sei wichtig, dass die Stadträte das Thema in den Kreistag und auf Landesebene mitnehmen.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse erläutert, dass man das Thema gesellschaftlicher Wandel nicht ohne die Familien schaffen könne. Das Thema Qualität sei wichtig, da man zusammen mit den Eltern darauf hinwirken wolle, dass die Kinder einen guten Weg gehen. Er verstehe, dass die Eltern die Gebührendiskussion nicht verstehen. Der Gemeinderat von Schwäbisch Gmünd habe das Thema bereits vor vielen Jahren kommen sehe. Durch Zeiss in Oberkochen oder Lidl in Heilbronn schaffen diese Kommunen eine Gebührenfreiheit. Andere Kommunen, die schlechter dastehen, seien benachteiligt. Deshalb habe man versucht, die Gebühren an die Landesempfehlungen anzupassen. Er äußert sich zu den Anregungen der Eltern:

- Die Flexibilisierung und das Platz-Sharing werde man mitnehmen. Ausgaben und Einnahmen müsse man in Relation setzen, die Mitarbeiter müsse man bezahlen. In der Schule habe man ein anderes System.
- Schließtage: Man habe einzelne Kitas, wo man kaum Schließtage mehr habe. Das prüfe man, was das bedeutete.
- Bei der Altersmischung habe man nicht genügend u3-Plätze rausgebracht. Man könne die ein oder andere Gruppe um u3-Plätze ergänzen, aber man schaffe dann nicht genügend u3-Plätze.
- Bei den einkommensabhängigen Gebühren müsse man unterm Strich gleich

viel rausbekommen, das bedeute dann, dass andere noch mehr zahlen, damit man die Kostendeckung hinbekomme.

- Bei der Gebührenerhöhung werde es künftig keinen so großen Sprung mehr geben wie in den letzten Jahren. Künftig würde nur noch die empfohlene Steigerung durch Personalkosten, rund 3 Prozent jährlich, kommen.

Er erläutert, dass man gern bereit sei, die Anregungen mitzunehmen. **Beim Haushalt werde es jedoch in den nächsten Jahren große Herausforderungen geben:**

Er fasst die Hinweise nochmals zusammen

1. Kein Zentimeter in der Bedeutung von Familie und Kinder zu verrücken
2. Hinweis der Eltern, dass man sich mit der Politik etwas einfallen lassen solle und die Eltern nicht verstehen, warum es so unterschiedlich sei.
3. Auftrag der Eltern, dass man sich die **Gebührensensystematik nochmals anschauen solle und die Anregungen prüfe.**

Außerdem werde man den Hinweis mitnehmen, dass die Eltern zu Wort kommen, wenn Gebührenerhöhungen anstehen.

Frau Dr. Hoffmann erläutert, dass man den Gesamtelternbeirat wiedereinführen sollte.

Stadtrat Sopp//CDU ist froh, dass das Grundproblem erkannt und diskutiert werde. Die Kommune sei am allermeisten die Leittragende und auch die Eltern nachher. Durch die gestaffelte Erhöhung sei in den letzten Jahren eine verzerrte Wahrnehmung zustande gekommen. Der Beschluss von damals, es über die Jahre verteilt und sozial verträglich zu machen, sei richtig gewesen. Die Gemeinderäte müssten sich immer im Klaren darüber sein wie es sich im Haushalt niederschlage. Die Gründung des Gesamtelternbeirats sei eine gute Sache. Das Thema werde im Gemeinderat bestimmt noch ausführlich diskutiert werden, man hoffe, den Eltern irgendwo entgegenkommen zu können. Es wäre aber am schönsten, dies an die Landespolitik weiterzutragen. Wenn es von dort eine Lösung gebe, sei allen am meisten geholfen.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse erläutert, dass es Doppelschritt wäre, Entlastung der Eltern und Entlastung der Kommunen. Da sei der Städtetag gefordert. Er fragt sich, wie man einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt hinbekommen solle, wenn nicht mehr Geld ins System komme.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für das Vortragen der Punkte bei Frau Dr. Hoffmann. Den Vorschlag, mehr altersgemischte Gruppen anzubieten, könne man auch anders denken. Man könne die ü3-Plätze verteuern zugunsten der u3-Plätze. Wenn man hohe Beiträge verlange, haben man eine gewisse Selektion von Eltern, die ihre Kinder in die u3-Betreuung schicken. Das könne später durchaus Auswirkung auf die weitere Abfolge in der Bildung haben. An der Einkommenssituation der Stadt könne man nichts ändern, man müsse sich den Haushalt nochmals genau anschauen und schauen, was man stattdessen einsparen wolle. Allerdings habe man sich bei allen Freiwilligkeitsleistungen Gedanken gemacht, dass man diese haben wolle.

Herr Arnholdt erklärt, dass die Beträge nach Aufwand kalkuliert seien, man werde die Anregung aber prüfen.

Stadträtin Heusel/SPD erläutert, dass die Menschen, die Kinder bekommen, Verantwortung übernehmen. Ohne Kinder keine Zukunft. Daher müsse man für die Kinder vom ersten Tag an sorgen. Die SPD meine, dass man alles von der Kinderkrippe bis zur Universität aus Steuergeldern finanzieren solle. Demnächst werde es eine Gerichtsverhandlung geben, dass man das Bürgerbegehren auf den Weg bringe. Man solle das Thema konstruktiv angehen, man werde sich mit dem Thema während der Haushaltsberatungen intensiver auseinandersetzen müssen. Sie wisse, dass Herr Arnholdt und sein Team alles dafür tun, dass die Kinder in guten Händen seien. Es sei wichtig, dass es eine Chancengleichheit unter den Kommunen gebe. Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit fange in den Kinderbetreuungseinrichtungen an, die Eltern sollen nicht mit Gebühren belastet werden. Eine Staffelung der Gebühren nach Einkommen solle verstärkt in den Mittelpunkt rücken, das solle man nochmals anschauen. Im Hinblick auf die Flexibilisierung solle man einen Kernbereich definieren, und die Randzeiten neu definieren, sodass man einzelne Stunden am Beginn oder Ende der Betreuungszeit anwählen oder abwählen könne. Wenn das zur Kostenreduzierung führe, sei schon geholfen. Ob das möglich und sinnvoll sei, damit sollen sich die Fachleute auseinandersetzen. Ganz wichtig sei, dass man im Gespräch bleibe, die Gründung des Gesamtelternbeirats sei an der Zeit. Ein runder Tisch „Kinderbetreuung“ solle eingerichtet werden.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse erläutert, dass man sich mit der Einkommensabhängigkeit schwertun würde, solange sich die Rahmenbedingungen nicht ändern. Rund 4 Mio. müssten finanziert werden. Man müsse dann überlegen, wo man die Grenzen ziehe. Er sei aber offen und freue sich auf die Diskussion.

Stadtrat Fritz/Die Linke bedankt sich für den sachlichen und konstruktiven Vortrag. Es sei ein Dilemma. Alle reden davon, dass frühkindliche Bildung wichtig sei, diese fange bereits im Kindergarten an. Die Qualität sei in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Es werde eine sehr wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe in den Kitas vollzogen. Es dürfe nicht passieren, dass ein Kind erst in der Grundschule mit Bildung in Berührung komme. Die Landes- und Bundespolitik seien hier dringend gefordert, eine Verbesserung herbeizuführen. Es sei sehr ärgerlich wie die Landespolitik mit diesem Thema umgehe. Man unterstütze das Bürgerbegehren daher ausdrücklich. Es sei eine Frage der Prioritätensetzung. Die Frage sei, wie der Gemeinderat damit umgehe. Die Finanzen seien wie sie sind und man habe nichts zu verschenken. Kurz- und mittelfristig wäre die beste Variante die Einkommensstaffelung. Man freue sich auf einen weiteren Austausch und man solle versuchen, einen guten Mittelweg zu finden.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen bedankt sich für den Vortrag und bei Frau Dr. Hoffmann. Sie denkt, dass eine Flexibilisierung nicht viel Erleichterung bringen werde. Ohne eine Systemlösung werde man keine Verbesserung hinbekommen. Die Gebühren seien für Eltern wichtige Standortentscheidungen. Mutlangen sei 200 Euro günstiger, sie erkundigt sich daher, ob es Abwanderungstendenzen von Eltern gebe. Man sei ja auch in der Konkurrenzsituation.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse versichert, dass sich die anderen Kommunen auch damit befassen müssen, bisher haben sich diese nicht großartig mit u3-Plätzen ausei-

mandergesetzt, da Schwäbisch Gmünd ja Plätze habe. Er sei dankbar, dass sich die umliegenden Kommunen auch nun aber auch damit befassen. Abwanderungstendenzen habe man nicht. Er habe heute erst mit einem größeren Arbeitgeber gesprochen, die einzige Frage sei nach den u3-Plätzen in den nächsten Jahren gewesen. Der Druck, diese zu schaffen, sei immer noch sehr hoch. Man ringe um Fachkräfte. Er wäre schon dankbar, wenn man sich mit dem Land darauf einigen könne, dass die Eltern zu Betrag X das bekommen. Für das, was man an Ausbau und Qualität bekomme, bekomme die Kommune dann Betrag X. Dann könne es in eine Richtung gehen.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste glaubt nicht an eine kurzfristige Lösung. Sie sei eine Anhängerin der einkommensabhängigen Gebührenstaffelung. Es sei ein Ungleichgewicht zwischen finanzstarken und –schwachen Kommunen da. Es wäre daher gut, wenn die Länder das Geld vom Bund aufgrund des Gute-Kita-Gesetzes an die finanzschwachen Kommunen weitergeben, dann wäre ein Ausgleich da.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse bedankt sich bei den Elternvertretern. Man werde das Thema Gesamtelternbeirat auf den Weg bringen und werde die Anregungen prüfen, spätestens bei der Haushaltsdebatte.

Eine weitere Mutter meldet sich und äußert, dass sie über längere Zeit Jugendhilfe bezogen habe. Es sei sehr schwierig, eine Ausbildung zu machen, Teilzeitform sei sehr schwierig vor allem bei der Ausbildung zur Erzieherin, die für viele Eltern sicherlich interessant sei. Man solle schauen, dass man Ausbildungen machen könne während der Kita-Zeit.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse antwortet, dass die Ausbildung in Teilzeit ein super System sei. Beim Loreto habe man das bisher leider nicht hinbekommen, man sei hier aber dran.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

zu 6 Bekanntgaben

zu 6.1 Umgang im Gemeinderat

Protokoll:

Erster Bürgermeister Dr. Bläse spricht den Umgang im Gemeinderat miteinander an. Solidarität heiße, dass man nicht aller gleicher Meinung sei. Solidarität heiße aber, dass man miteinander ringe, dass man diskutiere, aber dass man die Spielregeln einhalte. Man müsse aufpassen, was derzeit in der Gesellschaft, in unserer Demokratie passiere. Man müsse aufpassen, dass man nicht Extreme oder populistische Aussagen zulassen, sondern dass man als Gemeinderat zeige wie Demokratie funktioniere.

Es tue ihm weh, in der Zeitung zu lesen, dass die Stadtverwaltung mit Tricks und Trickereien arbeite. Das Wort Trick und Trickerei bedeute, dass man vorsätzlich etwas falsch mache und falsch wiederspiegele. Daher bitte er darum, bei dieser Wortwahl vorsichtig zu sein. Der Gemeinderat und die Stadtverwaltung hätten ein demokratisches Mandat und wenn man sich gegenseitig so bezeichne, laufe man Gefahr, dass man unser System selbst in Abrede stelle. Man könne sagen, man habe andere Zahlen, eine andere Vorstellung. Das sei auch vollkommen richtig, aber bitte nur diese Wortwahl. Man sei ein Volksgremium und ringe auch in den nächsten Jahren um gute Wege und gute Kompromisse. Er bittet darum, diesen Weg gemeinsam zu gehen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.1
nachrichtlich an Amt:

zu 7 **Anfragen**

zu 7.1 **Stand IHK Stuttgart**

Protokoll:

Stadtrat Lieb/SPD erkundigt sich nach dem aktuellen Stand bei Gesprächen mit der IHK Stuttgart.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse erläutert, dass man mit den entsprechenden Institutionen in Kontakt stehe, mit den Handwerkskammern, der IHK Stuttgart und auch unserer IHK. Wenn was auf dem Markt sei, werde man den Gemeinderat informieren. Der Branchenmix sei sehr wichtig. Auch der Tourismus sei inzwischen für den Arbeitsmarkt relevant.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4
nachrichtlich an Amt:

zu 7.2 **Radfahren in Schwäbisch Gmünd**

Protokoll:

Stadtrat Fritz/Die Linke äußert, dass er immer mehr Berichte von Bürgerinnen und Bürger bekomme. Oft werde nicht akzeptiert, dass Radfahrer auf der Straße fahren und es komme zu gefährlichen Überholmanövern. Das gefährdungspotenzial sei sehr hoch und man fühle sich als Radfahrer nicht wohl. Er bittet die Verwaltung, sensibili-

sierend und aufklärend auf die anderen Verkehrsteilnehmer einzuwirken.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse weist auf die nächste Sitzung des Bau- und Umweltausschusses hin. Das Thema Mobilität werde dort eine größere Rolle spielen. Mobilität neu denken sei ein Schlagwort, das auch mit einer Bedeutung hinterlegt werden müsse. Man werde mit Radpiktogrammen arbeiten müssen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Erster Bürgermeister Dr. Bläse die öffentliche Sitzung.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30

nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Erster Bürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat:

Gesehen!

Den
Stadtkämmerei: